Seilbahn erhöht das Aktienkapital

Der Verkauf von Aktien im Wert von 100’000 Franken ist Teil der Finanzierung für die Sanierung der Seilbahn Illgau-Vorderoberberg.

Nadine Annen

Die Luftseilbahn von Illgau nach St. Karl im Vorder Oberberg ist in die Jahre gekommen. Vor zwei Jahren fiel der Entscheid des Verwaltungsrats für eine Sanierung (siehe Box) mit gleichbleibender Linienführung statt eines Neubaus. Auf der technischen Seite sei man absolut auf Kurs, führt Verwaltungsratspräsident Hansruedi Hubli aus. Die mit dem Sanierungsprojekt beauftragte Firma sei aktuell daran, die Bewilligungen einzuholen.

Neben den Bewilligungen muss dieses und nächstes Jahr aber auch die Finanzierung der Sanierung, mit der 2028 gestartet werden soll, sichergestellt werden. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf zwei Millionen Franken. In den letzten Monaten war der Verwaltungsrat vor allem mit dem Gesuch an Bund und Kanton beschäftigt: Hier erhofft man sich einen Beitrag von 385’000 Franken aus dem NRP-Topf (Neue Regionalpolitik – das wirtschaftspolitische Förderinstrument des Bundes und der Kantone, welches Berggebiete, den ländlichen Raum und Grenzregionen unterstützt).



Die Luftseilbahn von Illgau nach St. Karl im Vorder Oberberg muss in den nächsten drei bis fünf Jahren saniert werden, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen und weiter betrieben werden zu können. Bilder: Nadine Annen

Aktienkapital wird um 100’000 Franken erhöht

«Im zweiten Schritt werden nun Stiftungen angegangen und das Aktienkapital um 100’000 Franken erhöht», führt Hansruedi Hubli aus. Er freut sich über die bereits grosse Unterstützung der Bahn, die für Einheimische als Zubringer in den Vorder Oberberg und für den Schülertransport, aber auch für den Tourismus mit dem weithin bekannten Chäferliweg, der Erschliessung von Illgau zur Mythenregion, der Skisafari und dem Schlittelweg von grosser Bedeutung ist. «Wir konnten schon Aktien im Wert von 60’000 Franken verkaufen», führt der Verwaltungsratspräsident aus.

> «Wir konnten schon Aktien im Wert von 60’000 Franken verkaufen.»
>
> **Hansruedi Hubli**
> Verwaltungsratspräsident
> Luftseilbahn Illgau-Vorderoberberg

Zwei weitere Teile des Finanzierungsplans sind Fremdkapital von der Bank sowie ein Beitrag von der Gemeinde. «Diese Unterstützung haben wir beim Gemeinderat bereits angefragt», erklärt Hansruedi Hubli. Er rechnet damit, dass das Geschäft an einer der nächsten Gemeindeversammlungen der Bevölkerung unterbreitet und anschliessend zur Abstimmung gebracht wird. Vor zwei Jahren hat der Kanton die Konzession der Luftseilbahn Illgau-St. Karl um zehn Jahre verlängert – dies aber unter der Auflage, dass die Vorgaben der Kontrollstelle IKSS (Interkantonales Konkordat für Seilbahnen und Skilifte) in den nächsten drei bis fünf Jahren umgesetzt werden.



Auf den Grundmauern der Talstation ist ein neuer Holzbau geplant. Damit werden unter anderem der Personenfluss optimiert und die Sicherheitsführung verbessert.

Konzession bis 2034 wird jährlich überprüft

Die Kontrollstelle kontrolliert die Bahn jedes Jahr. Wird das Erneuerungsprojekt nicht wie geplant 2028 umgesetzt, droht der frühzeitige Entzug der Konzession und der Bahnbetrieb müsste eingestellt werden. «Die Sicherheit der Bahn muss jederzeit gewährleistet sein», betont Hansruedi Hubli. Er ist aber zuversichtlich, dass sowohl die Bewilligungen als auch die Finanzierung innert nützlicher Frist sichergestellt sind und die Bahn anschliessend auf den neuesten technischen Stand gebracht werden kann.

Umfassende Sanierung geplant

Illgau Um die 1955 erbaute und 1983 letztmals sanierte Bahn technisch auf den neuesten Stand zu bringen, sind diverse Massnahmen an sicherheitsrelevanten, mechanischen und steuerungstechnischen Komponenten sowie bauliche Anpassungen der Talstation geplant.

So werden unter anderem diverse Komponenten von Antrieb und Mechanik ersetzt und die Kabinen erneuert. Die Steuerung wird komplett erneuert, moderne Sicherheits- und Überwachungstechnik wird installiert und Vorbereitungen für zukünftige digitale Funktionen wie Fernzugriff oder Automatikbetrieb werden getroffen. Die Infrastruktur an der Talstation wird mit einem komplett neuen Holzbau inklusive Dach optimiert und auch die Bergstation erfährt kleinere bauliche Anpassungen. *(nad)*

SP schickt Paul Furrer ins Nationalratsrennen



Schwyz Wohnen und Mietpreise sind bei der Schwyzer SP ein Jahr vor den nächsten Wahlen heisse Themen. Daher überrascht es wenig, dass die SP der Gemeinde Schwyz Paul Furrer für die Nationalratswahlen vom Herbst 2027 vorgeschlagen hat. Der 63-Jährige bringt «als ehemaliger Präsident und heutiger Vizepräsident der Wohnbaugenossenschaft St. Martin Schwyz viel Erfahrung im Bereich Wohnen in die Politik», wie die Ortspartei in einer aktuellen Mitteilung schreibt.

Als Initiant der Einzelinitiative zur Wohnraumförderung habe er in der Gemeinde Schwyz bewiesen, dass er ein Projekt bis zur Umsetzung mit Hartnäckigkeit verfolge. Denn heute stehe das Haus «Abendruh» an der Gotthardstrasse in Ibach mit 20 bezahlbaren Mietwohnungen, heisst es in der Mitteilung weiter. Furrer gehörte 13 Jahre lang dem Schwyzer Kantonsrat an und führte dort die sozialdemokratische Fraktion von 2013 bis 2020 als Präsident. Seit 1987 arbeitet er in der BSZ Stiftung für Menschen mit einer Beeinträchtigung. *(dabu)*

Keine Opposition gegen teureres Bahnhofsareal

Die Gemeinde Ingenbohl informierte gestern über die Mehrkosten beim Bahnhof. Fragen hatte das Volk keine.

Christoph Clavadetscher

Der Publikumsaufmarsch war gross gestern Abend in der Aula Brunnen: Rund 200 Ingenbohlerinnen und Ingenbohler – unter ihnen auch Regierungsrat und Baudirektor André Rüegsegger – wollten aus erster Hand erfahren, wieso denn nun die Neugestaltung des Bahnhofsareals ein Drittel, sprich sechs Millionen Franken, mehr kosten soll. Denn, wie der «Bote» schon mehrmals berichtet hatte, reicht der vom Stimmvolk bewilligte Baukredit von 17,5 Millionen nicht aus. Der Gemeindeanteil am Projekt wächst damit um 2,3 auf knapp zehn Millionen Franken. Die restlichen Kosten übernehmen Bund, Kanton und SBB.

Entsprechend gross war gestern Abend der Erklärungsbedarf. Gemeindepräsidentin Irène May (Mitte) erläuterte die Gründe für das neue, höhere Preisschild. Einleitend sagte sie aber: «Es gibt nicht den einen Grund für die Kostensteigerung.» In der Folge versuchte sie, das Gesamtbild möglichst genau zu zeichnen. Ein wesentlicher Faktor sei die Teuerung im Allgemeinen sowie auch im Speziellen, etwa wegen der höheren Stahlpreise oder der volatilen Rohstoffmärkte. Auch die hohe Auslastung der Baubranche sei ein Grund. «Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich Anbieter mit vollen Auftragsbüchern nicht unbedingt auf ein komplexes Projekt von drei Auftraggebern der öffentlichen Hand stürzen. Solche Aufträge sind nun mal komplizierter», führte May aus.



Gemeindepräsidentin Irène May erläuterte den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die geplante Erhöhung der Ausgabenbewilligung. Bild: Christoph Clavadetscher

Der Gemeinderat wolle aber nicht dem Baugewerbe den schwarzen Peter zuschieben. Bei hoher Nachfrage und wenigen Anbietern spiele das Gesetz von Angebot und Nachfrage aber trotzdem und wirke sich auf den Preis aus. Förderlich sei auch nicht gewesen, dass – aufgrund des gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Beschaffungswesens – nach der Erarbeitung des Kostenvoranschlags für die Ausschreibung das Planerteam ausgewechselt werden musste. Mehrkosten würde zudem die Optimierung der Verkehrsführung während des Baus verursachen. Diese wurde als Lehre aus der regen Bautätigkeit im Talkessel und aus Rücksicht auf die staugeplagte Bevölkerung angepasst. Und May gab unverblümt zu, dass trotz all dieser Faktoren der Kostenvoranschlag der erfahrenen Planer – sie hatten unter anderem die Neugestaltung des Bahnhofsareals Goldau ohne nennenswerte Budgetabweichung realisieren können – zu optimistisch gewesen sei.

Massive Abstriche bei einem Nein

May ging auch darauf ein, was ein Nein an der Urne bedeuten würde: «Die Gemeinde müsste am Projekt grosse Abstriche machen, eventuell Lifte oder sogar Dächer über Haltestellen weglassen.» Nur so wäre eine Projektrealisierung innerhalb des bewilligten Budgetrahmens möglich. Denn: Die Gemeinde muss eh handeln und das Behindertengleichstellungsgesetz umsetzen. Nach 48 Minuten war die Gemeindepräsidentin mit ihren Ausführungen fertig – ebenso auch die Gemeindeversammlung. Denn aus dem Plenum kam keine einzige Wortmeldung, was May sichtlich konsterniert, aber auch erleichtert zur Kenntnis nahm.